

## Apropos: George W. Bush und der Terrorismus: CIA von Al Kaida unterwandert?

**W**erden wir richtig informiert? Nicht, wenn wir uns passiv von der Informationsflut überschwemmen lassen. Und auch nur, wenn wir uns ein Minimum an Gedächtnis bewahrt oder allenfalls ein zuverlässiges Archiv aufgebaut haben! Denn gewisse (politische) Akteure treten immer unverschämter auf und spekulieren darauf, dass die Menschen schon wieder vergessen haben, was sie vor kurzem gelesen oder z.B. am TV gesehen haben.

### US-Menschenrechtsbericht: ohne doppelte Moral...

So wirkt es beeindruckend, wenn das amerikanische Außenministerium seinen Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte 2004 vorlegt und dabei Syrien und Iran wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen anklagt. Das syrische Regime unterdrücke die Opposition und verweigere den Bürgern das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit. Als Mittel wende es Folter, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen ohne Justizbeschluss an. Gefangene würden mit Elektroschocks traktiert oder ihnen die Fingernägel ausgerissen. Auch die Menschenrechtslage im Iran habe sich weiter verschlechtert. Menschen seien verschwunden oder im Schnellverfahren hingerichtet worden. Beschuldigte würden ausgepeitscht oder ihnen zur Strafe Gliedmaßen amputiert. Die Presse sei geknebelt<sup>1</sup>. Selbstverständlich kommt auch Nordkorea nicht gut weg. Überraschend scharfe Formulierungen enthält der Bericht aber gegenüber den US-Verbündeten (gegen den Terrorismus) Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten und Pakistan. Mit Verwunderung nimmt man die Kritik an der irakischen Regierung zur Kenntnis. Die Menschenrechte würden häufig nicht respektiert: «Willkürliche Tötungen, Folter, Nichtverfolgung der Täter, üble Zustände in den Gefängnissen – insbesondere in U-Haftanstalten – sowie willkürliche Festnahmen und Haftverfügungen» seien «ernsthafte Probleme» im Irak. «Die Iraker bestreiten die Vorwürfe nicht», sagte ein Mitarbeiter des US-Außenministeriums der *New York Times*. Der Bericht enthalte diese Passage, um zu zeigen, dass die USA fair seien und denselben Maßstab bei Freund und Feind anlegen. Damit soll dem Vorwurf der doppelten Moral entgegengetreten werden<sup>2</sup>.

### Klage gegen Rumsfeld

Dieses Statement ist genial: Es zeugt entweder von bodenloser Naivität oder von ganz besonderer Raffinesse, wobei bei den wirklich Verantwortlichen der Bush-Administration ohne weiteres Letzteres vorausgesetzt werden darf: Um dem Vorwurf der Doppelmoral<sup>3</sup> entgegenzuwirken, werden Menschenrechtsverletzungen fein säuberlich von Feind und Freund aufgelistet. Für die ganze Welt beispielhaft ist das!

Aber – war da nicht etwas mit Abu Ghraib? Folternde US-Soldaten (und -innen)? Guantanamo? Afghanistan? Usw., usf. Das kommt in diesem Bericht zur Lage der Menschenrechte nicht vor. Diese Vorgänge sind offenbar im US-Außenministerium nicht bekannt. Na ja, man kann halt nicht alles wissen... Vielleicht könnte Frau Condoleezza Rice gelegentlich in Washington den Bericht anfordern, der kürzlich wegen der Klage der US-Bürgerrechtsorganisation ACLU (American Civil Liberties

Union) herausgegeben werden musste und in dem auf 1200 Seiten weitere Misshandlungen durch im Irak stationierte US-Soldaten dokumentiert werden, z.B. jener Fall, bei dem ein GI auf einem verwundeten Iraker herumtrampelte<sup>4</sup>. Die amerikanische Außenministerin hätte gewiss auch die Möglichkeit, in die weiteren Folter-Dossiers, die letzthin an ACLU herausgerückt werden mussten, die aber nicht an die Medien weitergeleitet wurden, Einblick zu nehmen – von den im letzten Jahr offiziell veröffentlichten Dokumentationen ganz zu schweigen. Frau Rice könnte auch die Klage zur Kenntnis nehmen, die die Menschenrechtsgruppen ACLU und Human Rights First gegen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in dessen Heimat-Bundesstaat Illinois eingereicht haben, weil er die Folterung von Gefangenen zunächst autorisiert und später nicht rechtzeitig gestoppt habe. Die Klage wurde im Namen von acht ehemaligen Gefangenen der US-Armee erhoben, die in US-Gewahrsam schwer misshandelt und später ohne Anklage freigelassen worden waren<sup>5</sup>. Erst nach mehr als zwei Jahren und nur so nebenbei bekannt wurde kürzlich, welche Strafe ein Offizier des US-Geheimdienstes CIA gegen einen Häftling angeordnet hat, der nicht kooperationswillig war: «Sie zogen ihm seine Kleider vom Leib und ketteten ihn nackt auf den Betonboden. Es war Winter, es war kalt. Am nächsten Morgen war der Häftling eines geheimen CIA-Gefängnisses in Afghanistan erfroren.»<sup>6</sup>.

### Wie Bush die Folter «outsourced»

Es ist grotesk: Das US-Außenministerium teilt jedes Jahr weltweit Zensuren aus über die Lage der Menschenrechte – seit neuestem werden auch «die Freunde» getadelt, damit der Vorwurf der doppelten Moral zurückgedämmt werden kann. Großzügig werden aber die eigenen, skandalösen Verfehlungen mit Stillschweigen übergangen. Dass es sich dabei nicht – wie von der Bush-Administration gerne immer wieder behauptet wird – um Einzelfälle handelt, ja dass sogar ganz gezielt vorgegangen wird, zeigt unter anderem ein Bericht der *New York Times*: US-Präsident George W. Bush hat seinem Geheimdienst CIA «erlaubt, Terrorverdächtige nach eigenem Ermessen in ausländische Staaten zu entführen, um sie dort verhören zu lassen». Im Zuge dieser Entführungen wurden offenbar mehrere Verdächtige gefoltert. Zwar soll der Geheimdienst diese Entführungen schon seit Anfang der Neunzigerjahre praktizieren, doch findet sie nun offenbar in weit größerem Umfang und «ohne jegliche Kontrolle durch Regierung oder Parlament statt»<sup>7</sup>. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden bis zu 150 Terrorverdächtige von einem ausländischen Staat in den anderen verbracht, unter anderem nach Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien und Pakistan. All diesen Ländern wird vom US-Außenministerium vorgeworfen, dass sie in ihren Gefängnissen Folter anwenden oder dulden! Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International werfen der US-Regierung deshalb vor, die Verdächtigen in solche Staaten zu verschleppen, weil sie dort ohne gesetzliche Beschränkungen foltern und misshandeln dürfen. Der US-Abgeordnete Edward Markey bezeichnet dieses Vorgehen als «Outsourcing von Folter».

### Marschieren die USA in Den Haag ein?

Dass hinter diesem Vorgehen Methode steckt (und zwar – das wird oft nicht zur Kenntnis genommen oder zumindest nicht richtig realisiert – über die gegenwärtige Bush-Administration hinaus), zeigt auch die Auseinandersetzung um die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmten die USA wesentlich die Kriegsverbrechertribunale von Nürnberg und Tokio. Seither waren die USA federführend beteiligt an der Entwicklung des Völkerrechts und seiner Institutionen. Der ursprünglich auch von den USA initiierte IStGH ist erst die zweite multilaterale Institution seit der Gründung der UNO 1945, die auch für die USA verbindliche Beschlüsse fassen kann – und in der die US-Regierung nicht zugleich mit dem Mittel des Vetos (wie im Sicherheitsrat) den Gang der Dinge bestimmen kann. Die erste solche Institution ist die 1994 geschaffene Welthandelsorganisation (WTO), in der die USA formell gleichberechtigt mit 142 anderen Mitgliedsstaaten sind. Darum waren schon damals nicht nur konservative Politiker gegen einen Beitritt der USA. Allerdings setzten sich die «Realisten» durch, die auf die Wirtschaftsmacht der USA setzten. Diese nützt aber beim IStGH nichts. So versuchte schon die Regierung von Bill Clinton bei den Verhandlungen 1998 in Rom das Dokument zu verwässern. Da das praktisch nichts nützte, versuchte Washington im Frühling 2002 mit Druck und Erpressungsmanövern das Inkrafttreten des Statuts zu verhindern. Da auch das nicht gelang, beschloss der amerikanische Kongress – das Repräsentantenhaus am 24.5.2002, der Senat am 6.6.2002) den sogenannten ASAP (American Servicemembers' Protection Act, auch als The Hague Invasion Act bezeichnet), der dem US-Präsidenten ermöglicht, Amerikaner, die beim Internationalen Gerichtshof, der in Den Haag eingerichtet wird, wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden, auch mit militärischer Gewalt zu «befreien» (*Der Spiegel* titelte: «US-Kongress droht Niederlanden mit Invasion»<sup>8</sup>). Dass nicht nur unverbesserliche Neokonservative dieser Meinung sind, sondern die überwiegende Mehrheit der Parlamentarier, zeigt die Zustimmung des Senats zum Gesetz: 75 zu 19 Stimmen. Die amerikanischen Politiker wollen eben die wachsende Präsenz von US-Truppen und deren Interventionen in vielen Ländern auf der ganzen Welt schützen und in einem rechtsfreien Raum lassen<sup>9</sup>.

### Auch ein George W. Bush müsste zittern

Der Publizist und UNO-Experte Andreas Zumach hat in einem Artikel «Auch Kissinger müsste zittern» dargelegt, dass die USA durchaus Anlass zur Sorge haben, der IStGH könnte eines Tages gegen Bürgerinnen und Bürger ihres Landes ermitteln. «Was wäre gewesen, wenn der IStGH schon in den sechziger Jahren existiert hätte? Während des Vietnamkrieges begingen die US-Streitkräfte in My Lai und dreißig weiteren Orten Massaker an der Zivilbevölkerung, die größtenteils ungeahndet blieben. Diese Verbrechen, denen Tausende von ZivilistInnen zum Opfer fielen, gehören zu den heute vom IStGH-Statut erfassten Straftatbeständen. Doch vor ein US-Gericht kam seinerzeit lediglich Lieutenant William Calley, der Hauptverantwortliche des Massakers von My Lai. Obwohl wegen Mordes verurteilt, wurde er bereits nach kurzer Haft entlassen. Auch die Verbrechen in Laos, Kambodscha und beim Militärputsch

in Chile (...) gehören zu den vom IStGH-Statut erfassten Straftatbeständen.» Sodass auch der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger zittern müsste... «Denkbar wäre künftig auch, dass die Verwendung von Splitterbomben oder von mit abgereichertem Uran versetzter Munition, die die USA im Irak, in Serbien und in Afghanistan einsetzten, wegen ihrer verheerenden Wirkung für die Zivilbevölkerung zu einem schweren Verstoß gegen die Genfer Konventionen erklärt wird. (...) Der Umstand, dass die Chefanklägerin des Internationalen Tribunals für das ehemalige Jugoslawien eine gegen die USA und ihre Nato-Verbündeten gerichtete Klage wegen der Kriegsführung gegen Jugoslawien nicht sofort verworfen, sondern einer Vorprüfung unterzogen hat, verstärkte in Washington die Ahnung, dass knapp sechzig Jahre nach den (...) Kriegsverbrechertribunalen von Nürnberg und Tokio Verfahren gegen US-BürgerInnen vor Institutionen internationaler Justiz nicht völlig undenkbar sind.»<sup>10</sup> Klar ist auch, dass ein George W. Bush noch mehr als ein Henry Kissinger zittern müsste...

### Wahr ist, was nützlich ist

Doppelmoral? Das wäre doch immerhin noch ein bisschen etwas! Aber die Frage ist offensichtlich eher, ob überhaupt noch von so etwas wie Moral gesprochen werden kann! Die USA schreiben anderen vor, wie sie sich verhalten müssen, denken aber nicht im Traum daran, sich ebenfalls an die eigenen Vorgaben zu halten. Diese Haltung geht noch entschieden weiter als die Auffassung des amerikanischen Philosophen William James (1842–1910), der als Professor an der Harvard University lehrte, dass wahr (und damit gut) ist, was nützlich, also vorteilhaft ist<sup>11</sup>. Diese Meinung hatte laut James wenigstens für alle die gleiche Geltung. Heute hingegen bestimmen die Mächtigen, welche Wahrheit für wen gilt. So kann der US-amerikanische Schriftsteller Charles Simic feststellen, «in welchem Ausmaß schiere Lügen zur Wiederwahl des Präsidenten beitragen. (...) Um nur ein Beispiel zu nennen: Die meisten Bush-Wähler glauben nach wie vor, dass Saddam Hussein an den Anschlägen vom 11. September beteiligt war und dass der Rest der Welt den Irak-Krieg unterstützt. Menschen in einem freien Land von solchen Unwahrheiten zu überzeugen, ist wirklich eine beispiellose Leistung. In der Sowjetunion wurde die Realität bekanntlich mit Hilfe von Geheimpolizei und Erschießungskommandos manipuliert, aber selbst damals ist es nur zum Teil gelungen, die Bevölkerung zu täuschen.»<sup>12</sup>

In seiner zweiten Amtszeit will George W. Bush das «Feuer der Freiheit» und die Demokratie in die ganze Welt tragen<sup>3</sup>. Auf dem geschilderten Hintergrund kann man sich unschwer vorstellen, was er unter Freiheit und Demokratie versteht. Beides müsste unabdingbar mit Rechtsstaatlichkeit verbunden sein. Real schlagen einem aber Meldungen entgegen wie «Pentagon bestätigt sexuelle Demütigungen von Häftlingen»<sup>13</sup>, «Angeblicher Bremer Taliban beklagt Misshandlungen in Guantanamo»<sup>14</sup>, «Anwalt: Guantanamo-Gefangene haben erst nach Folter gestanden»<sup>15</sup>, «Demütigende Verhöre im Minirock»<sup>16</sup>, «Freigelassener Brite berichtet von Misshandlung in Guantanamo»<sup>17</sup>, «Anwalt berichtet über Folterungen seines Mandanten»<sup>18</sup>, usw., usf. Aber auch: «US-Richter erklärt Militärtribunale in Guantanamo für verfassungswidrig»<sup>19</sup>. Und besonders skandalös: «Folterskandal: US-Soldaten hielten Elfjährigen in Abu Ghraib gefangen»<sup>20</sup>.

### Warum Schröder Bush nicht rechts liegen lässt

Das alles scheint George W. Bush aber nicht zu stören. Mit einer «Charme-Offensive» versuchte er cool, die vor anderthalb Jahren noch beschimpfem «Alteuropäer» in den – illegalen – Irakkrieg einzubinden. Erstaunlicherweise gingen die weitgehend darauf ein. Im Falle von beispielsweise Deutschland verwundert das auf den zweiten Blick aber nicht mehr: Die deutsche Wirtschaft hängt immer stärker von den USA ab. Die Situation ist auch hier paradox. Einerseits gab es in Deutschland noch nie so viele Arbeitslose, andererseits kletterte der Exportüberschuss im letzten Jahr auf einen historischen Höchststand. Laut Schätzung des Statistischen Bundesamtes stiegen die Ausfuhren auf einen Wert von 731 Milliarden Euro; abzüglich der Einfuhren von 575 Milliarden Euro verbleibt ein Exportüberschuss von etwa 156 Milliarden Euro<sup>21</sup>. «Das Exportvolumen der Bundesrepublik hatte bereits 2003 das der USA übertroffen», Deutschland stieg also schon damals zum sogenannten «Exportweltmeister» auf. Während Deutschland seine Weltmarktanteile halten konnte, mussten andere führende Industrienationen (wie die USA) an die Newcomer Osteuropa und an die Volksrepublik China abgeben<sup>22</sup>. Schuld an dieser Spitzenposition ist der Druck der Unternehmer auf die Beschäftigten: «Die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeit nahm zu»; während die Arbeitsproduktivität wuchs, fielen die Lohnstückkosten – zum ersten Mal seit 1997<sup>23</sup>. «Allein in den 4,7 Tagen, die die Beschäftigten im letzten Jahr mehr arbeiten mussten, wurden Waren oder Dienstleistungen im Wert von 13 Milliarden Euro produziert. Diese Wertschöpfung ging zu hundert Prozent an die Kapitalbesitzer – die Mehrarbeit wurde nicht vergütet. Je mehr die Arbeitenden produzieren und schufteten, um so weniger neue Arbeitskräfte werden benötigt.» Dennoch fordert die Industrie von den Gewerkschaften, den Gürtel noch enger zu schnallen. Dem hielt aber schon Heiner Flassbeck, in Lafontaines kurzer Amtszeit Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, entgegen: «Weil die Löhne in Deutschland über ein Jahrzehnt in Relation zur Produktivität viel schwächer gestiegen sind als im Ausland, konnten so gewaltige Überschüsse aufgehäuft werden, dass damit Unternehmen im Ausland aufgekauft werden konnten.»<sup>24</sup> Der Bestand deutscher Direktinvestitionen in anderen Ländern hat sich zwischen 1980 und 2000 auf 442 Milliarden Dollar verzehnfacht. Mittlerweile sind allein in den USA 3000 deutsche Unternehmen mit schätzungsweise einer Million Beschäftigten präsent. «Für Siemens zum Beispiel, dessen US-Filialen allein 80 000 Menschen beschäftigen, sind die Vereinigten Staaten der größte Einzelmarkt geworden, noch vor Deutschland.»

### Importstaubsauger USA: Verlust der Unabhängigkeit

Wenn jeder Staat wie Deutschland ein Drittel seiner Produktion exportieren würde, würden sich auf dem Weltmarkt unverkäufliche Automobilberge und Computerhalden auf türmen, gegenüber denen die unverkäuflichen Rindfleischberge und Milchseen in der EU winzig erschienen. Zum Glück für das deutsche Kapital gibt es aber die USA mit ihrer importlastigen Wirtschaft, die die Überschüsse auf dem Weltmarkt absorbieren kann. So aber wurde das deutsche Kapital im Verlauf der neunziger Jahre immer abhängiger von den USA. Während die deutschen Ausfuhren insgesamt um knapp 90 Prozent zunahmen, explodierte die Warenausfuhr in die USA um 217 Prozent. Waren die Vereinigten Staaten 1990 nur der sechstwich-

tigste Handelspartner, so haben sie sich jetzt mit einem Anteil von zehn Prozent zum zweitwichtigsten Abnehmer deutscher Exporte entwickelt. Nur Frankreich kauft noch mehr Produkte «Made in Germany». Vor allem aber erwirtschaftet Deutschland im Warenaustausch mit den USA höhere Gewinne als mit irgendeinem anderen Partner (2003: 22,7 Milliarden Euro, also mehr als ein Sechstel des gesamten deutschen Exportüberschusses). Die indirekte Abhängigkeit ist noch größer, denn der Weltmarkt insgesamt hängt von der Nachfrage in den USA ab. Die Volksrepublik China, die letztes Jahr drei Mal mehr Waren als Deutschland kaufte, erwirtschaftet die dafür notwendigen Devisen durch steigende Exporte in die USA. «Der Preis, den die Amerikaner für ihre Rolle als Importstaubsauger für deutsche, chinesische, japanische und andere Waren zahlen, ist hoch»: Im November 2004 stieg das monatliche Handelsbilanzdefizit der USA auf das Allzeithoch von 60,3 Milliarden Dollar. Auf Jahr umgerechnet wäre dies ein Manko von schwindelerregenden 720 Milliarden...<sup>22</sup> Aber auch der Preis der «Lieferanten» ist hoch: der Verlust der Unabhängigkeit; ein Boykott der USA hätte noch mehr Arbeitslose in Deutschland und einen großen Gewinneinbruch beim Kapital zur Folge.

### Sprengstoff und Zünder von der Polizei

Was also tun? Resignieren? Längerfristig ist das einzig Sinnvolle (und im Gegensatz zu Boykotts auch Wirksame): Beobachten und erkennen, was vorgeht. Das gilt auch in Bezug auf die Medien. Bei gewissen Medienleuten ist es heute Mode, sofort und ohne Begründung von «Verschwörungstheorie» zu reden oder andere gar als «Verschwörungstheoretiker» zu diffamieren. Da gilt: Finger weg und sofort vergessen! Denn diese Herrschaften sind denkfaul oder interessengebunden.

Krumme Dinge sind im Übrigen nicht nur eine Spezialität von Bush und den USA. Die Anschläge vom 11. März 2004 in Madrid, bei denen 192 Menschen ums Leben kamen und mehr als 1500 verletzt wurden, führten in Spanien zu einem Regierungswechsel. An einer wirklichen Aufklärung der Vorgänge hatten aber beide großen Parteien kein Interesse: Die Sozialisten wollten überhaupt keine Untersuchung und die Konservativen wollten ihre Unschuld beweisen. Ungeklärt soll aber offenbar bleiben, «welche Rolle die Sicherheitskräfte und deren Spitzel (...) gespielt haben». Denn fest steht: Ohne den Sprengstoff und die Zünder, die ein Spitzel der Nationalpolizei geliefert hat, hätte es die Anschläge nicht gegeben. «Zudem waren die Sicherheitskräfte durch die umfassende Telefonüberwachung informiert.» Ein Tonband belegt auch, dass die Guardia Civil schon 2001 auf besagte Sprengstoffdeals aufmerksam gemacht wurde. Der Informant hatte sich sogar bei der Guardia erkundigt, wie man Mobiltelefone zum Zünden von Bomben umbauen könne. So wurden schließlich am 11. März die Bomben auch gezündet...<sup>25</sup> Die Untersuchungskommission fand es aber nicht nötig, eine dieser Personen zu vernehmen. Warum wohl?

### 11.9.: Auch die US-Luftfahrtbehörde war gewarnt!

Nicht nur in Spanien gab es Hinweise vor den Anschlägen. Erst kürzlich wurde bekannt, dass sogar die US-Luftfahrtbehörde (FAA) vor dem 11. September 2001 52 (!) Warnungen vor möglichen Terroranschlägen erhalten hat, darunter auch solche, die auf Angriffe der Terrororganisation Al Kaida auf Fluglinien hindeuteten – wie aus einem bislang unveröffentlichten Be-

richt der Kommission zur Untersuchung der Terroranschläge in New York und Washington hervorgeht. In fünf (!) Warnungen wurde darauf hingewiesen, dass die Al Kaida Flugzeugentführungen übe<sup>26</sup>. Selbstverständlich wurden die (an sich bekannten) Flugschüler in Florida nicht überprüft... Ebenso selbstverständlich wurden die Überwachungsflugzeuge (die bei einer Flugzeugentführung sofort aufsteigen müssen, um zum Rechten zu sehen), weit weg zu einer Übung geschickt...

### Osama bereits im CIA-Hauptquartier in Langley?

Warnungen kommen auch aus den USA. Amerikanische Spionageabwehr-Experten schlagen Alarm: Anhänger der Terrorgruppe Al Kaida versuchten, die US-Geheimdienste zu infiltrieren. Ein langjähriger CIA-Mitarbeiter in der Abteilung Spionageabwehr sagte auf einer Konferenz an der «Texas A&M University»: «Wir glauben, dass Terror-Organisationen versucht haben, Leute in unseren Rekrutierungsprozess zu bringen.» Laut *Los Angeles Times* seien rund 40 Bewerber verdächtig – Amerikaner, die Kontakte zu Terrorgruppen haben sollen. Diese Befürchtungen werden von drei leitenden Beamten der CIA-Gegenaufklärung geteilt. Sie befürchten, Terroristen könnten versuchen, einen «Insider» im schnell wachsenden Anti-Terror-Apparat der USA zu platzieren, um die Effektivität der Geheimdienstarbeit zu unterlaufen. Ein weiterer Beamter sieht eine Gefahr bei den vielen Neuanstellungen: Es würden Tausende Sprachwissenschaftler, Analysten und Agenten angeheuert, die in islamischen Ländern als Geheimdienstler eingesetzt werden können. Da häufig Muttersprachler aus dem Nahen Osten oder aus Asien rekrutiert werden müssten, bestehe die Gefahr, dass unter ihnen Sympathisanten islamistischer Terrorgruppen sein könnten.<sup>27</sup> Für George W. Bush muss das ja eine ganz besondere Horrorvorstellung sein, dass Osama bin Laden bereits im CIA-Hauptquartier in Langley sitzen könnte...

Von einer weiteren Gefahr berichtet die *New York Times*: Das «Government Accountability Office», eine Art Rechnungshof der USA, hat Lücken im Waffengesetz gebrandmarkt, die es Terrorverdächtigen vergangenes Jahr ermöglicht hätten, legal an Waffen zu kommen. Von Februar bis Juni 2004 sei von Leuten, die das FBI als Terrorverdächtige einstuft, mindestens 44 Mal versucht worden, einen Waffenschein zu bekommen. In 35 Fällen sei das auch gelungen<sup>27</sup>.

### Al Kaida ist ein Mythos

Der britische Fernsehsender BBC hat sich die Frage gestellt: Wie kommt es eigentlich, dass Terrorverdächtige in westlichen Rechtsstaaten so gut wie nie vor Gericht kommen oder, falls doch einmal, nicht klar schuldig gesprochen werden, wenn man sie dem Terrornetzwerk Al Kaida zurechnet? Wer oder was ist eigentlich Al Kaida? Nach eingehenden Recherchen sind Reporter des Senders zu dem Schluss gekommen, dass Al Kaida ein Mythos sei, ein Schauermärchen, das aus sich selbst heraus immer wieder neu entwickelt werde. Und bisher hält keine der von Sicherheitsbehörden in aller Welt behaupteten Verbindungen zwischen den Massenmördern vom 11. September 2001, den Bombern von Bali, den Sprengsatzbastlern vom 11. März in Madrid, den Aufständischen in Irak und anderen islamischen «Terrorzellen» faktenorientierten Prüfungen stand. Die Medien, stellt die BBC fest, kolportieren Nachrichten über derlei Gefahren und Vernetzungen, die zu weiteren Nachrich-

ten über derlei Gefahren und Vernetzungen führen. Der wichtigste Realitätsbezug solcher Nachrichten sind Informationen von Geheimdiensten, die wiederum ihre Quellen und Recherchen nicht offenlegen. Das mache den islamischen Terrorismus, so weit seine Globalisierung und einheitliche Führung behauptet wird, zu einem Mythos, von dem sowohl die Politiker profitieren, die ihn verbreiten und den Terrorismus bekämpfen, als auch die Terroristen selbst. Al Kaida ist ein juristisch motiviertes Konstrukt, geschaffen von amerikanischen Sicherheitsbehörden, die nach den Anschlägen auf US-Botschaften in Afrika und die USS «Cole» in Jemen eine kriminelle Organisation benennen mussten, um auf der Basis eigentlich gegen die Mafia gerichteter Gesetze ein Verfahren gegen den Terroristenführer Osama bin Laden und seine Leute zu eröffnen. Es gibt nicht den einigen islamischen Extremismus, sondern eine Vielzahl Gruppen und Grüppchen, Sekten und Hassprediger, deren Erfolg, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stets mäßig war. Eine dieser Ausnahmen waren die Mudschahedin und die Taliban in Afghanistan, und zwar dank der Unterstützung, die sie von ihren späteren Gegnern, den USA, erhielten. In gewisser Weise, so die BBC, arbeiten die amerikanischen Neokonservativen und die Islamisten noch immer zusammen: «Sie fördern die Phantasie vom Krieg gegen den Terror.»<sup>28</sup>

Boris Bernstein\*

\*Boris Bernstein arbeitet seit Jahrzehnten bei einem europäischen Printmedium.

- 1 [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) 1.3.2005
- 2 [www.netzeitung.de](http://www.netzeitung.de) 1.3.2005
- 3 Vgl. *Der Europäer*, März 2005
- 4 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 5.3.2005
- 5 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 2.3.2005
- 6 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 3.3.2005
- 7 *Süddeutsche Zeitung*, 7.3.2005
- 8 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 12.6.2002
- 9 [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de) 12.6.2002
- 10 *Die Wochenzeitung*, Zürich, 22.8.2002
- 11 [www.philosophenlexikon.de](http://www.philosophenlexikon.de)
- 12 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.11.2004
- 13 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 10.2.2005
- 14 AP-Meldung vom 10.2.2005
- 15 AFP-Meldung vom 8.2.2005
- 16 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 28.1.2005
- 17 AFP-Meldung vom 6.2.2005
- 18 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 9.3.2005
- 19 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 31.1.2005
- 20 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 11.3.2005
- 21 [www.welt.de](http://www.welt.de) 18.1.2005
- 22 [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de) 22.2.2005
- 23 [www.faz.net](http://www.faz.net) 13.1.2005
- 24 *Konkret*, 11/1999
- 25 [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de) 8.3.2005
- 26 AP-Meldung vom 10.2.2005
- 27 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 8.3.2005
- 28 [www.netzeitung.de](http://www.netzeitung.de) 15.10.2004